

# DSTG magazin

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Dezember 2007 · 56. Jahrgang

12



Dieter Ondracek empfängt die ersten Glückwünsche zu seiner Wiederwahl als dbb Vize von dbb Chef Peter Heesen und Amtskollegen Klaus Dauderstädt.

Gewerkschaftstage 2007 von dbb beamtenbund und tarifunion

Dieter Ondracek und Helmut Overbeck  
wiedergewählt

Bundesrechnungshof greift DSTG-Kritik  
am Steuervollzug in den Ländern auf

DSTG setzt Datenschutz  
bei Steuererklärung für Ehepaare durch



Editorial

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in seinem jüngsten Jahresbericht hat der Bundesrechnungshof wieder einmal Defizite in der Steuerverwaltung stark gerügt. Ein Beleg für die Probleme des föderalen Systems liefert nach Ansicht des Bundesrechnungshofes die ungenügende Steueraufsicht in den Ländern, die unsystematisch vollzogen wird. Die Steueraufsicht habe den gesetzlichen Auftrag, unbekannte Steuerfälle aufzudecken, stellen die Prüfer des Bundesrechnungshofes fest. Aufgabe der Steuerfahndungsstellen in den Finanzämtern sei auch, der Schwarzarbeit, der Geldwäsche und dem verborgenen Internethandel auch außerhalb der Strafverfolgung nachzugehen. Auf diesem Sektor gäbe es erhebliche Mängel.

Als Grund für die Defizite benennt der Bundesrechnungshof, dass in den Steuerfahndungsstellen das notwendige Personal und auch die geeignete technische Ausstattung fehlen. Weiter rügte der Bundesrechnungshof die ungleichmäßige Besteuerung der Land- und Forstwirte. In dieser Sparte seien Finanzämter anzutreffen, die nicht konsequent genug auf der Vorlage von Steuererklärungen und Gewinnermittlungen bestehen, sondern allzu schnell großzügig zu Gunsten der Land- und Forstwirte schätzen. Das Verfahren der Freistellungsaufträge sei zu aufwendig und nicht mehr zeitgemäß. Als Abhilfe schlägt der Bundesrechnungshof vor, das Freistellungsverfahren abzuschaffen und die verbliebenen Freibeträge nur noch im Veranlagungsverfahren zur Einkommensteuer zu berücksichtigen.

Der Bericht konstatiert, auch bei Unternehmensneugründungen hätten die Finanzämter keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen, um systematisch Umsatzsteuerhinterziehungen zu verhindern. Vor Erteilung einer Steuernummer werden bundeseinheitliche Prüfkriterien nicht konsequent genug angewandt. Zur Verhinderung von Betrugsfällen im Vorfeld müsse eine Überwachung schon im Umsatzsteuervoranmeldeverfahren erfolgen. Weiterhin hat der Bundesrechnungshof festgestellt, dass kriminelle „Firmenbestatter“ hohe Steuerausfälle verursachen. Auf diesem Feld müssten die Finanzämter mehr tun, um solche illegalen „Entsorgungen“ von Unternehmen zu verhindern.

Alle diese aufgeführten Mängel werden von der DSTG nicht bestritten, weil an den Ursachen nicht zu deuteln ist. Die Ursachen liegen in der unzureichenden Personalausstattung der Finanzämter. Auf diese Kausalität weist die DSTG auch nicht zum ersten Mal hin. Wir werden es aber immer wieder tun müssen, bis die Landesfinanzminister endlich reagieren, weil diese letztendlich die Verantwortung für die aufgezeigten Missstände tragen.

Neben den vom Rechnungshof aufgezeigten Defiziten bestehen in den Finanzämtern erhebliche Probleme bei der Bearbeitung von Rechtsbehelfen. Das Phänomen der Massenrechtsbehelfe nimmt immer mehr zu. Die Rechtsbehelfstellen hängen in der Bearbeitung der normalen Rechtsbehelfe teilweise 1 bis 2 Jahre zurück. Untätigkeitsklagen mehren sich. Auch diese Verzögerung liegt an der zu knappen Personalausstattung in den Dienststellen – und die Politik reagiert nicht.

Die Organisatoren in der Finanzverwaltung versuchen durch Umsteuerung vom Innen- in den Außendienst wenigstens die Defizite im Außendienst einzugrenzen. Sie reißen damit im Innendienst Lücken, die wieder zu neuen Problemen führen. Auch der massive Einsatz von EDV kann den eklatanten Personalmangel nicht auffangen und bewahrt die Steuerverwaltung lediglich vor dem Kollaps.

Mein dringender Appell geht daher an alle Landesfinanzminister. Hören Sie auf mit dem Personalabbau in der Steuerverwaltung! Schaffen Sie neue Planstellen, um auf Dauer die Einnahmeseite des Haushalts zu stärken und zu stabilisieren!

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich zum Jahreschluss erholsame und besinnliche Weihnachtstage wünschen. Erhalten Sie Ihre Gesundheit und Schaffenskraft. Ihnen allen wünsche ich ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr 2008.

Mit kollegialen Grüßen

*Dieter Ondracek*

Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **Internet:** www.dstg-verlag.de, **E-Mail:** dstg-bund@t-online.de, **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, **E-Mail:** stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

**Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage** dbb magazin: 770.050 Exemplare (IVW 2/2007). **Vertrieb:** Tel. (02 11) 73 57-155, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

DSTG



- > Gewerkschaftstage 2007 von dbb beamtenbund und tarifunion: Dieter Ondracek und Helmut Overbeck wiedergewählt 4
- > Bundesrechnungshof greift DSTG-Kritik am Steuervollzug in den Ländern auf 6
- > Bundessteuerverwaltung bleibt Zankapfel bei Föderalismusreform 7
- > Anne Schauer ist 60 – Ehrungen für die Grande Dame der DSTG 8
- > DSTG setzt Datenschutz bei Steuererklärung für Ehepaare durch Nicolette Kressl tritt Nachfolge von Barbara Hendricks an 10
- > Große Linie bei Erbschaftsteuerreform stimmt 11
- > „Typisch Frau – typisch Mann“ – Chancen für Frauen in Europa noch uneinheitlich 12
- > Licht und Schatten bei Pflegereform Trauer am Arnold Stitz 14
- > Tauschcke 16

dbb

- > Einkommensrunde 2008 17
- > Kindergeld: Erhöhung nicht aufschieben 18
- > www.genug-gespart.de: Die Kampagne geht weiter 20
- > Appell an Bundestagsabgeordnete zur Dienstrechtsreform Pendlerpauschale: Zurück zur alten Regelung 22
- > Gewerkschaftstage 23
- > Warnstreik in Hessen: Tarifgesetz ist ein Skandal 24
- > Einkommensrunde 2008: Tarifverträge gekündigt 25
- > Pilotprojekt öffentlich-öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) 26
- > Für die Generation 55plus: Eine ganz besondere Unfallvorsorge 28
- > Kontroverse Diskussion: Tempolimit? 30
- > Frauen im dbb: Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2008“ 32
- > Online: Weihnachten im Internet – Verrückte Wünsche 34
- > Jugend im dbb: Jugendliche gestalten Kommunalpolitik 38
- > Glosse: Anti-Raucher-Tarif 39
- > Report: Winterdienst: Streu-gut 40
- > t@cker 45
- > Interview mit Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern 46

Gewerkschaftstage 2007 von dbb beamtenbund und tarifunion:

## Dieter Ondracek und Helmut Overbeck wiedergewählt

Auf den Gewerkschaftstagen von dbb beamtenbund und tarifunion vom 25. bis 28. November 2007 in Berlin konnten sich die DSTG-Kandidaten bei den Wahlen zur Bundesleitung bzw. zum Vorstand durchsetzen. Dieter Ondracek wurde zum stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden wiedergewählt, Helmut Overbeck zum stellvertretenden Vorsitzenden der dbb tarifunion in der Funktion eines Tarifkoordinators. Als Rechnungsprüferin wurde Vera Dietrich (BV Westfalen-Lippe)

in ihrem Amt bestätigt. Im Schiedsgericht wird künftig Oberfinanzpräsident Klaus Staschik (OFD Chemnitz) ggf. auftretende Unstimmigkeiten zu schlichten wissen.

Die Delegierten würdigten mit den Wahlentscheidungen die bedeutsame Rolle der DSTG im dbb beamtenbund und tarifunion.

Im Einzelnen wird auf die umfassende Berichterstattung über die Gewerkschaftstage im dbb Teil dieses DSTG magazins verwiesen. ■



> Der stellvertretende Vorsitzende und Tarifkoordinator der dbb tarifunion, Helmut Overbeck (li.), gratuliert DSTG-Chef Dieter Ondracek zu seiner Wiederwahl in die dbb-Spitze. Copyright: dbb verlag/Windmüller



> Bundeskanzlerin Angela Merkel beim kurzen Dialog mit Dieter Ondracek im Rahmen des dbb Gewerkschaftstages 2007 in Berlin.

# Bundesrechnungshof greift DSTG-Kritik am Steuervollzug in den Ländern auf

Der Bundesrechnungshof geht mit seinen am 22. November dieses Jahres veröffentlichten Bemerkungen wieder einmal mit der Politik hart ins Gericht.

lägen vor allem strukturelle Probleme zugrunde. Eine der Ursachen sieht der Bundesrechnungshof in dem unzureichenden Steuervollzug durch die Länder.

Damit greift der Bundesrechnungshof unter anderem auch die Kritik der DSTG am fehlenden Gleichmaß der Besteuerung in Deutschland auf.

Der Bundesrechnungshof wies in seinen Bemerkungen 2007 darauf hin, dass die Steueraufsicht im Rahmen der Einnahmenseite den gesetzlichen Auftrag habe, unbekannte Steuerfälle aufzudecken. Es sei Aufgabe der Steuererfundungsstellen der Finanzämter, Schwarzarbeit, Geldwäsche oder verborgenen Internethandel auch außerhalb der Strafverfolgung nachzugehen. Während einige Fahndungsstellen auf diesen

Gebieten teilweise systematisch Kontrollen durchführen, übten andere dagegen kaum oder keine Steueraufsicht aus.

Der BRH untermauert damit Vorschläge der DSTG, länderübergreifende Behörden- und Ressortzusammenarbeit zu stärken und auszubauen. Gewonnene Erkenntnisse müssten länderübergreifend genutzt werden, um die Steueraufsicht bundesweit zu verbessern.

Mit seinen jährlichen Bemerkungen unterrichtet der Bundesrechnungshof den Deutschen Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung und die Öffentlichkeit über seine wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Der aktuelle Prüfungsbericht kann unter [www.bundesrechnungshof.de/aktuelles](http://www.bundesrechnungshof.de/aktuelles) heruntergeladen werden. ■



Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Prof. Dr. Dieter Engels, verband mit der Vorstellung der Bemerkungen 2007 der Prüfungsbehörde die Hoffnung, dass sich die Föderalismuskommission, die in der zweiten Phase ihrer Arbeit eine Neujustierung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden in Angriff nimmt, auf eine grundgesetzliche Schuldenbremse verständigen kann, die den für die kommenden Generationen dramatisch angewachsenen Schuldenberg wirksam begrenzt.

In der Bundesverwaltung müsse außerdem streng darauf geachtet werden, mit den vorhandenen Steuergeldern sparsam umzugehen.

Prof. Engels wies darauf hin, dass trotz steigender Steuereinnahmen die Verbindlichkeiten des Bundes auch in diesem Jahr gestiegen seien – insgesamt auf 390 Milliarden Euro.

Damit seien die Schulden des Bundes dreieinhalb Mal so hoch wie zu Beginn der 90er Jahre. Diesem Schuldenanstieg



> Am Rande der Gewerkschaftstage 2007 des dbb beamtenbund und tarifunion traf DSTG-Chef Dieter Ondracek mit dem bayerischen Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber zu einem ersten konstruktiven Meinungsaustausch zusammen.

# Bundessteuer- verwaltung bleibt Zankapfel bei Föderalismusreform

Die Forderungen von Bundesfinanzminister Steinbrück zur Errichtung einer Bundessteuerverwaltung standen im Mittelpunkt der Bund-Länder-Verhandlungen über mehr Effizienz in den Verwaltungen aller Gebietskörperschaften. Die Föderalismuskommission unter Vorsitz des SPD-Fraktionschefs Peter Struck und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger beriet Anfang November 2007 erstmals zum Themenkomplex „Verwaltung“, der zum zweiten Teil der Reformbestrebungen gehört.

Zum Auftakt der Beratungen unterstrich Bundesfinanzminister Steinbrück, erklärtes Ziel sei die Errichtung einer Bundessteuerverwaltung. In diesem Vorhaben wird er von der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt. Die SPD-geführten Bundesländer sind inzwischen größtenteils bereit, eine Zentralisierung der Steuerverwaltung zumindest zu erwägen. Die unionsgeführten Länder favorisieren dagegen die Beibehaltung der Steuerverwaltung als Teil föderaler Eigenständigkeit. Steinbrück stützt sich auf ein neues von der TU Dresden vorgelegtes Gutachten, welches unter anderem die durch eine Zentralisierung der Steuerverwaltung bedingten jährlichen Effizienzgewinne auf mehr als zehn Milliarden Euro beziffert. Diese Mehreinnahmen sollen dem Gutachten zufolge in einen Altschuldenfonds für die

am höchsten verschuldeten Länder fließen. Den Schuldentilgungsfonds hatte Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger vorgeschlagen.

Über die in der Anhörung gewonnenen Erkenntnisse wird die Föderalismuskommission Anfang Dezember dieses Jahres beraten und anschließend Arbeitsgruppen zu einzelnen Verwaltungsfachfragen bilden.

Zumindest beim Thema Finanzen ist sich die Kommission einig, eine härtere Schuldengrenze für die Bund-Länder-Haushalte finden zu wollen. Zu diesem Themenkomplex soll im Februar 2008 weiter verhandelt werden. Bis dahin soll jedes Bundesland an die beiden Kommissionsvorsitzenden Struck und Oettinger berichten, zu welchem Zeitpunkt der jeweilige Landesetat ausgeglichen werden kann. Erste Vorschläge für die Föderalismusreform, die bis Ende nächsten Jahres abgeschlossen sein soll, werden im Frühjahr 2008 erwartet.

Die Position der DSTG zum Vorstoß von Bundesfinanzminister Steinbrück ist klar – eine Bundessteuerverwaltung ist nicht der Königsweg, um die bestehenden Effizienzprobleme zu lösen. Die in einem früheren Kienbaum-Gutachten und den Ausführungen der TU Dresden dargestellten Effizienzgewinne, die auf rund acht bzw. einen zweistelligen Milliardenbetrag beziffert werden, sind rechnerisch nicht

**Helden des Alltags  
haben Anspruch auf  
eine risikofreie Vorsorge.**

Bei der privaten Vorsorge will man genau wissen, worauf man sich verlassen kann – und auf wen. Die VPV engagiert sich schon seit Langem für den öffentlichen Dienst: Mit Vorsorge- und Versicherungsideen, die sich Ihren Bedürfnissen anpassen. Und einer Beratung, die sich alle Zeit der Welt für Sie nimmt. Vereinbaren Sie einen Vorsorge-Check mit uns! Am Servicetelefon unter 0 10 03/45 55 34 25\*. Oder unter [www.vpv.de](http://www.vpv.de)

**VPV**  
Der Vorsorgepartner für den öffentlichen Dienst seit 1927

**180  
JAHRE  
VPV**  
1827-2007

\* 0,89 €/Monat  
auf dem Festnetz der F-004

belegt und von der DSTG damit nicht nachvollziehbar. Die bekannten Vollzugsdefizite hängen nach Ansicht der DSTG nicht mit der Organisationsform, sondern vielmehr mit den knappen Personalressourcen der Steuerverwaltung zusammen. Defizite ergeben sich daneben daraus, dass es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, bundeseinheitliche Ordnungsmerkmale sowie eine bundeseinheitliche EDV-Landschaft zu schaffen. Beide Studien bleiben den Beweis schuldig, ob eine zentralistisch geführte Mengerverwaltung tatsächlich effi-

zienter, kostengünstiger und vor allem auch bürgerfreundlicher arbeitet als die Steuerverwaltungen der Länder.

Aus Sicht der DSTG sollte vielmehr die Steuerverwaltung im Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug und Steuerkriminalität gerüstet werden. Die Steuerfahndung ist personell zu verstärken und so zu organisieren, dass international tätige Betrüger wirkungsvoll gestellt werden können. Die Betriebsprüfungsdienste müssen bundeseinheitlich mit dem Ziel strukturiert werden, dass

sie zeitnah jeden Betrieb und jeden großen Einkommensbezieher überprüfen können. Neben dem Ausbau der Bundesbetriebsprüfung sind die Länder gefordert, bundeseinheitliche Vorgaben zu beachten und umzusetzen und ihre Steuerverwaltung entsprechend personell auszustatten. Dazu ist der in einer bundeseinheitlich erhobenen Personalbedarfsberechnung ausgewiesene Personalbedarf in den Ländern verpflichtend vorzuhalten.

Effizienzgewinne ließen sich mit einer durchgreifenden

Steuervereinfachung erzielen. Die Fallzahlen und der Aufgabenzuwachs der Steuerverwaltung würden sich entscheidend verringern.

Die Hauptzielrichtung für die Föderalismuskommission zum Thema Steuerverwaltung ist aus Sicht der DSTG klar – notwendig ist eine leistungsfähige, gut gerüstete Steuerverwaltung mit motivierten Beschäftigten. Durchgreifende organisatorische Umbaumaßnahmen helfen der Steuerverwaltung allein nicht weiter. ■

## Anne Schauer ist 60 – Ehrungen für die Grande Dame der DSTG

Am 20. November feierte die stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Anne Schauer in Wiesbaden ihren 60. Geburts-

Zahn vom Hessischen Immobilienmanagement, Staatssekretär Dr. Walter Arnold, alle Spitzen der Oberfinanzdirektion

larin ihre Hartnäckigkeit im Ringen um die Interessen der Beschäftigten der hessischen Finanzverwaltung. Gehe sie nach einem Gespräch aus der einen Zimmertür heraus, komme sie durch eine andere Tür mit einem weiteren Anliegen wieder hinein.

– sie agiere pragmatisch, mutig und klug. Auf sie könnten die Kolleginnen und Kollegen bauen, sie nähme sich für jedes Anliegen Zeit.

Auch DSTG-Chef Dieter Ondracek dankte Anne Schauer für ihren langjährigen gewerkschaftlichen Einsatz auf Bundes- und Landesebene und bezeichnete sie als wichtige Integrationskraft in der DSTG. ■



Die Jubilarin Anne Schauer und der hessische Finanzminister Karlheinz Weimar.

tag. Mehr als 200 Gäste waren der Einladung zum Empfang im Wiesbadener Schloss Biebrich gefolgt – unter ihnen der hessische Finanzminister Karlheinz Weimar, Oberfinanzpräsident Albert Pfister, dbb Chef Peter Heesen, die Spitze der DSTG-Bund, Direktor Bernd

und des hessischen Finanzministeriums, zahlreiche Vertreter aus den DSTG-Landes- und -Bezirksverbänden sowie weitere hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft.

Der hessische Finanzminister Weimar bescheinigte der Jubi-



DSTG-Chef Dieter Ondracek gratuliert seiner Stellvertreterin und dankt ihr für das langjährige und große gewerkschaftliche Engagement.



Ein zentraler Gegenstand des Gesetzentwurfes, die Einführung eines optionalen Anteilsverfahrens für berufstätige Ehepaare als Alternative zur Wahl der mit hohen Lohnsteuerabzügen verbundenen Steuerklasse V, wurde aus dem Gesetzentwurf herausgenommen. Die DSTG hatte das optionale Anteilsverfahren unter anderem aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten kritisiert, weil damit das gesamte Familieneinkommen dem jeweiligen Arbeitgeber offen gelegt werden müsse. Dies könnte zu gravierenden Folgen, etwa bei der Sozialplanauswahl oder bei betriebsbedingten Kündigungen, führen. Als Alternative hat die DSTG ein Durchschnittsatzverfahren ins Spiel gebracht, bei dem der Arbeitgeber den Durchschnittssteuersatz aus dem Vorjahr beim Lohnsteuerabzug zu Grunde legt. Der Gesetzgeber nahm den DSTG-Vorschlag auf und will prüfen, wie ein Durchschnittssteuersatzverfahren als Alternative zum Anteilsverfahren zum 1. Januar 2009 ausgestaltet werden könnte. Fest steht jedoch, dass eine zusätzliche Wahlmöglichkeit zu den bestehenden Steuerklassenvarianten berufstätiger Ehepaare geschaffen werden soll.

## DSTG setzt Datenschutz bei Steuererklärung für Ehepaare durch

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat am 7. November dieses Jahres mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen die geänderte Fassung des Jahressteuergesetzes 2008 angenommen und dabei Vorschläge der DSTG berücksichtigt.

Einig waren sich die Regierungsfraktionen über die Notwendigkeit einer Novellierung des § 42 AO, dessen Neuformulierung einen breiten Raum in der Expertenanhörung im Finanzausschuss einnahm. Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler hatte in der Expertenanhörung deutlich gemacht, mit der im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Formulierung des § 42 AO sei aufgrund zahlreicher unbestimmter Rechtsbegriffe zweifelhaft, ob die Norm im Kampf gegen Steuermissbrauch wirkungsvoll eingesetzt werden könne. Die Praxis brauche verlässliche Klarheit. Auch sei es wichtig, dass der Gesetzgeber mit einer Änderung des § 42 AO ein eindeutiges Signal in Richtung von Gestaltungsakrobaten setze.

Nach der Neufassung des § 42 AO liegt ein Missbrauch dann vor, wenn eine unangemessene rechtliche Gestaltung gewählt wird, die beim Steuerpflichtigen zu einem gesetzlich nicht vorgesehenen Steuervorteil führt. Missbräuchlich ist die Steuergestaltung dann nicht, wenn der Steuerzahler für seine Gestaltung außersteuerliche Gründe nachweisen kann, die nach dem Gesamtbild der Verhältnisse beachtlich sind.

Gefolgt ist der Bundesfinanz-ausschuss der DSTG-Forderung zur Beibehaltung des Lohnsteuerjahresausgleiches zum Jahresende durch den Arbeitgeber. Diese Regelung sollte mit dem Jahressteuergesetz 2008 zunächst abgeschafft

werden. Der Ausgleich entlastet die Steuerverwaltung und kommt all jenen Steuerzahlern zugute, die keine Steuererklärung abgeben.

Weitere administrative Erleichterungen für die Steuerverwaltung ergeben sich aus gesetzlichen Neuerungen, wonach künftig für Kinderbetreuungskosten keine Papierbelege mehr beim Finanzamt eingereicht werden müssen, sondern nur noch auf Nachfrage vorgehalten werden sollen. ■

### > info

## Nicolette Kressl tritt Nachfolge von Barbara Hendricks an

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Nicolette Kressl wurde mit Wirkung vom 17. November dieses Jahres zur Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Dr. Barbara Hendricks an, die auf dem Parteitag der SPD in Hamburg Ende Oktober zur Schatzmeisterin der Partei gewählt wurde. Kressl ist seit 1994 Mitglied des Parlaments und war bis Ende der letzten Legislaturperiode Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Seit 2002 ist sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-



> Nicolette Kressl

Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Bildung und Forschung. ■

# Große Linie bei Erbschaftsteuerreform stimmt

Nach zähen, monatelangen Verhandlungen hat sich eine Arbeitsgruppe der Großen Koalition auf Eckpunkte zur Erbschaftsteuerreform geeinigt. Die Erbschaftsteuerreform war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisher geltenden hohen Bewertungsabschläge für Immobilien- und Firmenerben für verfassungswidrig erklärt hatte.

In Erbfällen sollen künftig wesentlich höhere Freibeträge für Ehepartner, Kinder und Enkel gelten.

Für Ehepartner, die bisher 300 000 Euro steuerfrei erben können, erhöht sich der steuerliche Freibetrag künftig auf 500 000 Euro. Für Kinder ist eine Erhöhung des Freibetrages von 205 000 Euro auf 400 000 Euro vorgesehen – für Enkel von 50 000 auf 200 000 Euro. Auch eingetragene Lebenspartner können im Erbfall einen Freibetrag von 500 000 Euro geltend machen.

Im Gegenzug zu den höheren Freibeträgen soll entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Immobilienvermögen künftig mit dem tatsächlichen Wert berücksichtigt werden.

Für das Vererben von Unternehmen sieht das Einigungspaket der Großen Koalition ein so genanntes Abschmelzmodell vor. Danach können die Steuern nach 10 Jahren schrittweise ganz entfallen, wenn das Unternehmen im Kern unverändert fortgeführt wird. Steuerfrei soll dabei pauschal nur 85 % des geerbten Betriebsvermögens gestellt werden. Der Stufenweise Erlass über 10 Jahre gilt dann, wenn

die Lohnsumme in der Firma während dieser Zeit bei mindestens 70 % des Ursprungswertes bleibt. Darüber hinaus darf das Betriebsvermögen 15 Jahre lang nicht verringert werden. Die Koalition will mit der Reform gleichzeitig sicherstellen, dass das Aufkommen der Erbschaftsteuer, welches komplett den Ländern zusteht, nicht geringer ausfällt als bisher. Derzeit liegt das Erbschaftsteueraufkommen bei gut vier Milliarden Euro.

Nach den Plänen der Großen Koalition soll die Reform rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Vorgesehen ist eine Option, durch die noch bis zur vollen Wirksamkeit der Reform im Jahr 2008 nach dem alten Erbschaftsteuerrecht veranlagt werden kann.

Die DSTG begrüßt die Einigung der Großen Koalition zur Erbschaftsteuerreform. Wichtig ist vor allem, dass auf die bisher kassenwirksamen vier Milliarden Euro Erbschaftsteuereinnahmen nicht verzichtet werden soll, denn die Erbschaftsteuer ist systematisch richtig und ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Anders als von Kritikern dargestellt, wird nicht ein bereits versteuertes Vermögen ein weiteres Mal

## Lehrgänge zum Steuerberater in Düsseldorf

Samstagslehrgang*	ab 17.5.2008
Dreimonatskurs*	2.6. – 22.8.2008
Klausuren-Crash-Kurs	25.8. – 12.9.2008
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	31.3. – 14.9.2008

\*inklusive Loseblattausgabe, Klausurenkurs, Vorbereitung auf das mündl. Examen



DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STEUERN, RECHT & WIRTSCHAFT

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht.



### Aktuelles Steuerrecht für Praktiker

Aktuelles Bilanzsteuerrecht	19.1.2008
Aktuelles Umsatzsteuerrecht	16.2.2008
Aktuelles Einkommensteuerrecht	8.3.2008

50476 Köln, Postfach 10 36 65  
Tel.: (02 21) 4 20 56 20  
Fax: (02 21) 4 20 56 11  
E-Mail: info@stitz.de  
Internet: www.stitz.de

Partner von Abels/Kallwas/Stitz  
Lehrgänge zum WP  
info@aks-online.de  
www.aks-online.de

### Lifta – der meistverkaufte Treppenlift




☎ 0800-22 44 661

kostenlos anrufen

**Neu**

Kiel  
Hamburg  
Berlin  
Dresden  
Gera  
Leipzig  
Bremen  
Hannover  
Gelsenkirchen

**Jetzt auch zur Miete**

Köln  
Frankfurt  
Munchein  
Stuttgart  
Freiburg  
Ulm  
Nürnberg  
München

- ▶ Lifta passt praktisch überall!
- ▶ Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- ▶ Erste Lieferzeiten, Erleben sofort
- ▶ Über 60.000 verkaufte Liftas
- ▶ Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- ▶ Eigener Kundendienst bundesweit
- ▶ 165 Tage für Sie erreichbar




Prüfungspflichtige Steuerung und Sicherheitsvorkehrung

GUTSCHEIN

Ich möchte Sie mit meinem Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Lifta GmbH, AN, DRF 10, Strohliedweg 33, 99509 Erfurt

steuerlich belastet, sondern versteuert wird der Vermögenszuwachs beim Erben. Aus diesem Grund ist es konsequent, dass der außerordentliche Vermögenszufluss über Erbschaften beim Empfänger versteuert wird.

Unabdingbar bleibt, dass die neue Erbschaftsteuer verfassungsfest gemacht werden muss. Dazu ist notwendig, dass die neuen Bewertungsverfahren für sämtliche Vermögenswerte den gemeinen Wert am Erbtag darstellen. Für Bürger und Steuerverwaltung ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Wertfindung transparent und möglichst rationell erfolgt. Um keine neuen verfassungsrechtlichen Risiken einzugehen, muss die Ermittlung von Vermögenswerten bei grund-, betriebs- und landwirtschaftlichen Vermögen im Vergleich zum alten Recht realistisch sein, was eine

Höherbewertung zur Folge hat. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft begrüßt deshalb, dass über eine Erhöhung der persönlichen Freibeträge das Steueraufkommen nahezu gleich gehalten werden soll und sich die Zahl der steuerpflichtigen Fälle eher verringert als zunimmt. Die persönlichen hohen Freibeträge sind gerechtfertigt, weil damit der Kern des Familienerbes steuerfrei gestellt wird und somit auch auf „Oma ihr klein Häuschen“ keine Erbschaftsteuer gezahlt werden muss.

Nach Ansicht der DSTG ist eine darüber hinaus gehende Verschonungsregelung beim Erbe von Betriebsvermögen verfassungsrechtlich nur gerechtfertigt, wenn der Umfang der Arbeitsplätze im vererbten Betrieb erhalten bleibt. Es wird begrüßt, dass die ursprünglich bestehende Absicht, das Betriebsvermögen

in produktives und nichtproduktives Vermögen aufzuteilen, fallen gelassen worden ist und stattdessen ein pauschaler Ansatz gewählt wird – wobei nach Meinung der DSTG ein Abschlag von 10 % ausgereicht hätte. Richtig ist es, die Voraussetzung für die Verschonungsregelung an den Erhalt der Lohnsumme zu koppeln. Nach Ansicht der DSTG ist der Erhalt von lediglich 70 % der Lohnsumme zu großzügig bemessen, weil die verfassungsrechtliche Rechtfertigung für eine erbschaftsteuerrechtliche Verschonungsregelung nur im Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze liegen kann. Ein Wert von 90 % der Lohnsumme wäre hier der richtige Maßstab. Richtig ist auch, dass der Wert des Betriebsvermögens 15 Jahre lang nicht unter den Ausgangswert fallen darf, weil damit Gestaltungsmöglichkei-

ten eingeschränkt werden. Die lange Überwachungsfrist wird jedoch in der Verwaltungspraxis erhebliche Probleme bringen, weil es nirgendwo entsprechend lange Aufbewahrungsfristen gibt.

Die DSTG weist darauf hin, dass in der Vergangenheit wegen der Erbschaftsteuer kein Betrieb insolvent geworden ist – die Rechtfertigung für einen Steuererlass könnte deshalb in Zweifel gezogen werden. Die DSTG hält es deshalb für sinnvoller, anstelle des beabsichtigten Erlasses eine langfristige zinslose Stundung der Erbschaftsteuer einzuführen.

Im demnächst ablaufenden Gesetzgebungsverfahren wird die DSTG auf die Schwachpunkte und Problemfelder der Erbschaftsteuerreform hinweisen und nachdrücklich Nachbesserungen einfordern. ■

## „Typisch Frau – typisch Mann“ – Chancen für Frauen in Europa noch uneinheitlich

„Grundmuster im Alltagsverhalten von Männern und Frauen“ – was hinter diesen plakativen Thesen steckt, war Thema der Sitzung der Bundesfrauenvertretung, die vom 26. bis 27. Oktober 2007 in Bad Godesberg stattfand.

In der 77. Sitzung berichtete die Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, Andrea Sauer-Schnieber, über die Teilnahme am Europaseminar der CESI mit dem Thema „Mut zu Kindern – Frauen zwischen Familie und Beruf“. Auf dieser Veranstaltung wurde deutlich,

wie unterschiedlich die europäischen Staaten dieses Thema behandeln. Als Beispiel wurde ein schwedisches Familienmodell vorgestellt.

Ein anderer Themenschwerpunkt der Sitzung war die Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung, die Anfang Oktober stattgefunden hat. Im Mittelpunkt der Beratungen stand hier die Vorbereitung des Gewerkschaftstages des dbb.

Die Delegiertenliste für den dbb Vertretertag zeigt, dass eine gleichwertige Beteiligung der Frauen nur durch eine Quo-



Die DSTG-Bundesfrauenvertretung kam am 26./27. Oktober 2007 zu ihrer Herbstsitzung in Bonn-Bad Godesberg zusammen, um u. a. die Grundmuster im Alltagsverhalten von Männern und Frauen zu beleuchten.

tierung zu erreichen ist. Obwohl 30 % der Mitglieder im dbb weiblich sind, liegt die Zahl der weiblichen Stimmberechtigten bei ca. 18,9 %.

### ► Finanzverwaltung lässt sich zertifizieren

Claudia Busch stellte das Audit „berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung vor. Hier wird Unternehmen die Möglichkeit gegeben, die Personalpolitik zu optimieren und an einem Zertifizierungsprozess teilzunehmen.

Einige Finanzbehörden haben bereits ein Zertifikat erworben.

### ► Neuer Internetauftritt

Über die neu gestalteten Internetseiten der Bundesfrauenvertretung informierte Julia von Oetinger-Witte und stellte den Kolleginnen verschiedene Modelle der Kinderferienbetreuung vor, die bereits in einigen Behörden mit großem Erfolg angeboten werden.

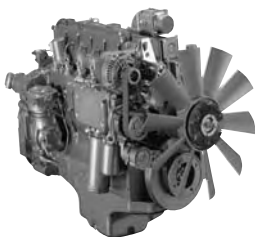
### ► Einkommensentwicklung negativ

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann ging auf die Strategien zur Umsetzung des Gender-Prinzips und die Satzungsänderungsanträge der DSTG-Bundesfrauenvertretung beim Steuer-Gewerkschaftstag ein und sagte seine Unterstützung zu.

Er erläuterte die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Beschäftigten der Finanzverwaltung und gab einen Überblick zum Diskussionsstand zur Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung, für die sich Bundesfinanzminister Steinbrück einsetze.

Am Beispiel von NRW schilderte er die drastische Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, die ca. 20 % unter der allgemeinen Entwicklung liegt.

Dieses Beispiel ist durchaus auf die anderen Bundesländer übertragbar.



Zum Beispiel: der **2012**. Ein flüssigkeitsgekühlter 4- oder 6-Zylinder-Reihenmotor. Kompakt und leistungsstark, extrem schadstoffarm und wirtschaftlich.

# Karriere Chance

## Sachbearbeiter/in

### Ertrags-, Verkehrssteuern sowie vermögensabhängige Steuern

Die DEUTZ AG ist mit einem Jahresumsatz von rund 1,5 Mrd. Euro einer der weltweit führenden unabhängigen Hersteller von Diesel- und Gasmotoren. Die DEUTZ Motoren kommen in Baumaschinen, Stromerzeugungsaggregaten, Landmaschinen, Schiffen sowie Nutzfahrzeugen zum Einsatz.

Wir suchen für den Standort Köln-Porz erfahrene, kompetente und qualifizierte Unterstützung (w/m).

#### Ihre Tätigkeit:

- Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldungen und Erklärungen der DEUTZ-Gruppe Deutschland
- Anfertigung von Verfahrensrichtlinien für die Umsatzsteuer
- Umsatzsteuerliche Beratung der DEUTZ AG und der Tochtergesellschaften
- Betreuung der Steuer-, Sonder- und Ergänzungsbilanzen der deutschen Gesellschaften der DEUTZ-Gruppe
- Koordinierung der Erstellung der Ertragsteuererklärungen für die deutschen Gesellschaften der DEUTZ-Gruppe sowie der Verrechnungspreisdokumentation
- Prüfung aller Steuerbescheide und Veranlassung der Steuerzahlungen, Einlegen von Rechtsbehelfen
- Betreuung von Betriebsprüfungen
- Steuerliche Betreuung von Sonderprojekten und Steuerplanung

#### Ihr Profil:

- Steuerberater/in (cand.) oder Diplom-Finanzwirt/in oder Steuerfachwirt/in mit Berufserfahrung
- Eigeninitiative, Selbstständigkeit und Teamfähigkeit
- Kenntnisse in SAP R/3 FI und MS Office
- Gute Englischkenntnisse

Interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Angabe des Gehaltswunsches und des frühestmöglichen Eintrittstermins. Diese richten Sie bitte an:

#### DEUTZ AG

Herrn Jürgen Teske  
Personalabteilung FH-PK3  
Ottostraße 1 · 51149 Köln  
Tel. 0221 / 822-2380  
E-Mail: teske.j@deutz.com

The engine company.



### ► „Typisch Frau – typisch Mann“

An diesen beiden Schlagwörtern zeigte der Sozialwissenschaftler Heimo Hurlin die unterschiedlichen Verhaltensmuster von Frauen und Männern auf. In einem sehr anschaulichen Vortrag wurde

deutlich, dass die Kommunikation zwischen den Geschlechtern oft aufgrund unterschiedlichen Verhaltens, Ausdrucksweise und Handelns missverstanden wird. Ist man sich dieser Verhaltensgrundmuster bewusst, führt dies zu einer besseren Verständigung und somit natürlich auch zu besseren Ar-

beitsergebnissen und einem besseren Klima.

### ► Ganz nach dem Motto:

Typisch Frau: „Teams sind toll, wenn alles besprochen wird.“

Typisch Mann: „Teams sind toll, wenn man sich wortlos versteht.“

# Licht und Schatten bei Pflegereform

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Regierungsparteien auf Eckpunkte zur Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung verständigt. Unter den Tisch gefallen

die Möglichkeit eingeräumt werden private Pflegezusatzversicherungen zu vermitteln.

Daneben soll ab dem 1. Januar 2009 für Neu- und Bestands-

cherung äußerst differenziert. Den Wegfall der ursprünglichen Planungen zur Einführung einer bezahlten Pflegezeit für pflegende Angehörige wird bedauert. Gerade die Voraussetzungen zur familiären Pflege müssen nach Ansicht der DSTG verbessert werden. Mit der Ergänzung der derzeitigen Umlagefinanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung durch die Einführung einer Teilkapitaldeckung schafft der Gesetzgeber dagegen sinnvolle Erweiterungen, um die aus dem demografischen Wandel entstehenden finanziellen Engpässe wirksam zu bewältigen.

Positiv bewertet die DSTG die Besserstellung altersverwirrter Menschen und Demenzerkrankter. Für die Betreuung sollen künftig bis zu 2 400 Euro pro Jahr aufgewendet werden. Die vorgesehene Anhebung der

Pflegesätze bis zum Jahr 2012 muss als längst überfälliger Schritt bezeichnet werden. Ebenso positiv sind die gesetzlichen Möglichkeiten zu sehen, zehn Arbeitstage Freistellung zur Pflege von nahen Angehörigen zu nehmen. Daneben soll ein Anspruch auf unbezahlte, aber sozialversicherte Pflegezeit zur Pflege von Angehörigen für die Dauer von sechs Monaten geschaffen werden, dies aber nur bei Arbeitgebern, die mehr als fünfzehn Beschäftigte haben.

Die DSTG fordert in dieser Hinsicht ein Überklappen auf beamtenrechtliche Regelungen, denn die derzeitigen gesetzlichen Planungen lassen unberücksichtigt, dass auch in Beamtenfamilien pflegebedürftige Angehörige existieren können. ■



ist dabei die von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ins Spiel gebrachte Einführung eines bezahlten Pflegeurlaubs.

Der vom Bundeskabinett im Oktober dieses Jahres beschlossene Gesetzentwurf sieht als wichtige Neuerungen die Anhebung der Pflegesätze bis zum Jahr 2012, die Einrichtung von Pflegestützpunkten zur Beratung von Pflegebedürftigen und Angehörigen sowie mehr unangemeldete Qualitätskontrollen in sozialen Einrichtungen vor. Verbesserungen für Pflegebedürftige, die an Altersverwirrtheit leiden, sind ein weiterer Schwerpunkt der Neuerungen.

Mit der Pflegereform soll der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegekasse um 0,25 Prozentpunkte steigen. Heute liegt der Beitrag bei 1,7 % des Bruttoehnelohnes, Kinderlose zahlen 1,95 %. Den Pflegekassen soll

fälle die Portabilität der Altersrückstellungen auch für die private Pflegeversicherung eingeführt werden. Mit dieser Wahl- und Wechselmöglichkeit soll – ähnlich wie bei der privaten Krankenversicherung – der Wettbewerb bei den privaten Pflegeversicherungen intensiviert werden. Folglich soll der privat Versicherte seine Altersrückstellungen im Umfang des Basistarifes beim Wechsel in eine andere private Pflegeversicherung mitnehmen können.

Zusätzlich soll die mit der Gesundheitsreform verbundene Verpflichtung der privaten Krankenversicherungen zum Anbieten eines Basistarifes für niedrige Einkommen auch auf die privaten Pflegeversicherungen übertragen werden.

Die DSTG bewertet die Neuausrichtung der Pflegeversi-

> info

## Trauer um Arnold Stitz

Am 15. November 2007 ist der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende des DSTG-Landesverbandes Bremen, Kollege Arnold Stitz, im Alter von 77 Jahren verstorben. Kollege Stitz war von 1951 bis 1986 in der Finanzverwaltung der Freien Hansestadt Bremen tätig, zuletzt eingesetzt als Betriebsprüfer. Von 1965 bis zu seinem Ausscheiden war er Vorsitzender des Personalrats beim Finanzamt Bremen-West. Arnold Stitz leitete von 1967 bis 1977 als Vorsitzender die Geschicke des Landesverbandes Bremen. Auch als Ehrenvorsitzender engagierte er sich weiterhin beharrlich für



> Arnold Stitz

die Belange der Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung Bremens.

Die DSTG gedenkt seiner in Dankbarkeit. ■



› „Finanzverwaltung im Zwiespalt zwischen Bürger und Staat – Wer ist der Auftraggeber der Finanzverwaltung?“ war das Motto des 1. Postdamer Steuerstammtisches, der am 13. November 2007 vom Ortsverband im FA Postdam in der Universität Postdam veranstaltet wurde. Mit von der Partie und Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer, DSTG-Chef Dieter Ondracek sowie die finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Die Linke. Näheres auf [www.dstg-brb.de](http://www.dstg-brb.de).

16

Tauschcke



Bundesleitung und Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2008. Die nächste Ausgabe des DSTG magazins (1/2-2008) erscheint Anfang Februar kommenden Jahres.

## › TAUSCHCKE

- StHS'in (A 8) aus Schleswig-Holstein möchte in Baden-Württemberg z. B. FA Ulm arbeiten. Wer möchte auch den AP tauschen? Versetzungsantrag ist gestellt. Telefon 04 31/69 02 27 62, Mobil 01 51/12 74 36 97
- Sti z. A. (A 9) aus NRW (OFD Rheinland) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt oder Niedersachsen, ggf. auch im Ringtausch. Bitte meldet Euch unter 0170/7 71 42 74.
- Steuerinspektorin (A 9) aus Nordrhein-Westfalen sucht aus familiären Gründen Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz, Versetzungsantrag ist gestellt. Telefon 01 63/1 82 88 93
- Steuersekretärin (A 6) aus dem Saarland sucht Tauschpartner/in in Baden-Württemberg. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch (z. B. Raum Freiburg) ist möglich. Bitte meldet Euch unter 01 71/1 23 43 71 oder [Tauschgesuch@gmx.de](mailto:Tauschgesuch@gmx.de).
- Steuersekretärin (A 6) und Steuersekretär (A 6) beide aus dem Saarland suchen dringend Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsanträge sind bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 76/65 91 15 53 oder 01 79/6 62 60 82
- Steuerobersekretärin (A 7) aus Thüringen (FM Erfurt, FA Ilmenau) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Berlin oder Brandenburg. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 01 77/4 54 77 24 oder [sipbaht@freenet.de](mailto:sipbaht@freenet.de)
- Sti'in z. A. (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Bayern, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 01 76/22 21 76 79 oder E-Mail [madelein609@aol.com](mailto:madelein609@aol.com).
- Steueramtfrau (A 11) aus NRW sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein oder Hamburg. Versetzungsanträge wurden bereits vor längerer Zeit gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte melden unter [m4044@web.de](mailto:m4044@web.de) oder 0 41 21/2 62 34 00 oder 01 72/2 75 52 36
- StHS'in (A 8) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner aus Hessen bzw. Berlin. Evtl. auch Ringtausch über ein anderes Bundesland möglich. Bei Interesse bitte 0 61 01/50 11 80 bzw. [Gundula.Kramer@arcor.de](mailto:Gundula.Kramer@arcor.de)
- StAR'in (A 12) aus Schleswig-Holstein sucht Tauschpartner/in aus Bayern, Hessen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Auch Ringtausch. Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 01 63/9 86 62 97.
- Steuerinspektorin (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus BRANDENBURG oder SACHSEN-ANHALT ggf. auch im Wege eines Ringtausches. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 72/4 43 77 78 oder per Mail an [schoetchen@freenet.de](mailto:schoetchen@freenet.de).
- Obersteuersekretärin (A 7) aus dem Land Bremen sucht Tauschpartner/in aus einem anderen Bundesland mit Versetzungswunsch nach Bremen. Bei Interesse bitte ich um Rückmeldung unter 01 70/9 57 14 10.
- StOSin (A 7) aus Sachsen-Anhalt (FA Dessau) sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus den Bereichen der OFD Brandenburg oder Sachsen. Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 01 73/1 30 31 23 oder 03 53 22/1 83 82.
- Sti'in z. A. (A 9) aus Niedersachsen (OFD Hannover, FA Peine) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 01 76/21 17 86 18 oder am Wochenende unter 03 56 03/75 97 93.
- StOS'in (A 7) aus Sachsen-Anhalt sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg, auch über Ringtausch aus Bayern, NRW und Rheinland-Pfalz. Versetzungsantrag gestellt; Ringtausch möglich! Bitte meldet Euch unter 01 60/9 02 22 23 00 oder [pe-ma@hotmaail.com](mailto:pe-ma@hotmaail.com).
- StAI'in aus Niedersachsen (OFD Hannover, FA Holzminden) sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus der OFD Rheinland, bevorzugt ein FA in Düsseldorf. Kontakt bitte über den DSTG-Verlag.
- Steuerobersekretärin (A 7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein (A 6/A 7). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch wäre ebenfalls möglich. Bitte meldet Euch beim DSTG magazin, bei mit 01 62/9 41 05 35 oder dienstl. 0 40/4 28 11 50 60.